

Kennen Sie die neuen Kandidatinnen und Kandidaten für die Staatsratswahlen?

Wissen Sie, welche Position sie in Sachen Service public vertreten?

Welche Rolle der Staat ihrer Auffassung nach spielen soll?

Haben ihnen fünf gezielte Fragen gestellt, damit Sie sich ein Bild der sieben neuen Kandidatinnen und Kandidaten machen und informiert wählen können!

Name und-Vorname:	Bachmann Albert	Ganioz Xavier	Garnier Marie	Ith Markus	Nobs Pierre-Olivier	Page Pierre-André	Ropraz Maurice
Politische Partei	Unabhängig 	Sozialdemokratische Partei 	Grüne Partei 	FDP Die Liberalen 	CSP Christlich-soziale Partei 	SVP 	FDP Die Liberalen 
Frage 1: Wie würden Sie in drei Stichworten die Freiburger kantonale Verwaltung bezeichnen?	Ich freu mich, dass die kantonale Verwaltung auf Bundesebene sehr gut benotet wird und in Sachen Effizienz den ersten Rang unter den Westschweizer Kantonen einnimmt. Aufgrund meiner verschiedenen Mandate kann ich das selber auch bestätigen. Wir wissen, dass es manchmal etwas dauert, bis Antworten vorliegen. Das hängt vermutlich mit unserer Ungeduld zusammen. Teils glauben wir vielleicht auch, dass wir auf der Welt die einzigen sind. Alle 167 Gemeinden des Kantons möchten bekanntlich innert einer vernünftiger Frist bedient werden.	<ul style="list-style-type: none"> - Effizient - Kompetent - Freundlich (Das ist nicht nur meine persönliche Meinung: Gemäss Informationen der Handelskammern der lateinischen Schweiz von Juni 2011 ist die Freiburger Verwaltung die beste in der Westschweiz!)	<ul style="list-style-type: none"> - Effizient - Unpolitisch, zweisprachig - Departementsübergreifendes Funktionieren sollte gefördert werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Vielseitig - Komplex - Anpassungsfähig 	<ul style="list-style-type: none"> - Im Dienst der kantonalen Bevölkerung - Kompetent und aufmerksam - Unabdingbar für das gute Funktionieren von Kanton und Institutionen 	Als gewählter Volksvertreter (Ammann von Châtonnaye, Grossrat) habe ich die Freundlichkeit und Effizienz der Mitarbeitenden des Staats immer geschätzt. Dennoch kommt es teils zu Unverständnis oder Spannungen zwischen der Bevölkerung und den Verwaltungsangestellten. Diese dürfen dabei nicht vergessen, dass die Menschen, die sich an die Verwaltung wenden, in einer unangenehmen Lage stecken: Bezahlung einer Busse, Begleichung der Steuern, Meldung einer Wohnsitzänderung, Regelung einer gerichtlichen Sache usw.	<ul style="list-style-type: none"> - Nähe - Effizienz - Partnerschaft
Frage 2: Sollen Ihrer Meinung nach bestimmte Aufgaben, die aktuell der Staat leistet, an Private übergehen, um die Effizienz zu steigern und die Kosten zu senken?	Das ist ohne eingehende Analyse der staatlichen Aufgaben schwierig zu beantworten. Ich bin nicht sicher, ob ein solcher Weg billiger wäre. Wenn Arbeiten ausgelagert werden, sind die Kosten oft zunächst tiefer (der Anbieter bietet einen konkurrenzfähigen Preis, um den Auftrag zu erhalten). Danach steigen die Preise aber langsam an und letztendlich kostet die Arbeit oft mehr. Daher muss die Lage wirklich von Grund auf geprüft werden, bevor bestimmte Ausgaben ausgelagert werden. Ist dies gewährleistet, kann ich eine solche Lösung akzeptieren, sofern sie langfristig im Interesse des Staates liegt.	Nein, ich bin überzeugt, dass die Arbeit der staatlichen Verwaltung gut genug ist, um eine Liberalisierung dieser Aufgaben überflüssig zu machen. Wenn Aufgaben an Private delegiert werden, kann dies die Arbeitsplätze und den Service-public-Auftrag der Verwaltung gefährden.	Es braucht eine gerechte Aufgabenteilung zwischen Privat und Öffentlich, nicht unbedingt zur Kostensenkung sondern damit jeder Partner seine Rolle spielen kann. Nichtregierungsorganisationen wie das Rote Kreuz oder Caritas müssen Zugang zu Leistungsvereinbarungen haben. In der Zentralverwaltung sehe ich aktuell keine Aufgabe, die an Private ausgelagert werden könnte. Die Handhabung von Aktiengesellschaften mit dem Staat als Mehrheitsaktionär ist problematisch, denn die öffentliche Kontrolle ist nicht mehr gewährleistet, gleichzeitig spielt der Wettbewerb mit den anderen privaten Akteuren nicht	Grundsätzlich sind eine permanente Überprüfung der Dienstleistungen und deren Erbringer wünschenswert und angebracht. Bei einer Veränderung muss aber der neue Leistungserbringer nicht zwingend der private Sektor sein, um eine Effizienzsteigerung und eine Kostensenkung herbei zu führen. Dies könnte allenfalls auch durch eine klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden erfolgen. Beispielsweise im Bereich der Pflegeheime und der Altersversorgung.	Grundsätzlich bin ich kein Befürworter der Privatisierung des Service public. Meines Erachtens sind die Zielsetzungen der öffentlichen Dienste in der Regel nicht mit jenen der privaten Unternehmen vergleichbar. Die öffentlichen Verwaltungen sollen das bestmögliche Funktionieren des Staates ermöglichen. Sie sollen den Bedürfnissen der Bevölkerung nachkommen und das allgemeine Interesse sowie die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürgern wahren – im Gegensatz zu privaten Unternehmen, deren Hauptziel das Erzielen von Profit ist. Dennoch bin ich offen für Kooperationen zwischen dem öf-	In diesem Bereich geht es immer um Kosten und Effizienz. Wenn der Staat sparen kann, ohne die Qualität der Dienstleistung zu beeinträchtigen, können grundsätzlich bestimmte Aufgaben durchaus an Private ausgelagert werden (z.B. Gebäudereinigung). Auch sollte der Staat nicht immer mehr Gremien und Kontrollinstanzen schaffen, die dem Bürger alle Verantwortung abnehmen. Auch hier gibt es Sparpotential, und zwar ohne Auslagerung an den Privatsektor!	Die kantonale Verwaltung verfügt über ein gutes Image, das zeigen die Umfragen der Westschweizer Handelskammern seit mehreren Jahren. Der Staat muss nicht überall präsent sein, sondern schnell und effizient in seinen Kompetenzbereichen eingreifen. Die Ausübung gewisser Aufgaben durch private Träger darf nicht tabu sein. Ziel sollte aber nicht primär sein, staatliche Ausgaben auszulagern, sondern der Öffentlichkeit nicht ständig neue Aufgaben aufzubürden. Bei jeder neuen Dienstleistung sollte abgeklärt werden, ob es überhaupt sinnvoll oder nötig ist, dass der Staat sie übernimmt.

			<p>immer wirklich. Die Rolle des Staats innerhalb dieser Gesellschaften bleibt noch zu klären.</p>		<p>fentlichen und dem privaten Sektor, sofern die Aufgaben klar umrissen sind und das Subsidiaritätsprinzip gewahrt ist. Ich unterstütze beispielsweise Partnerschaften, wenn es um soziale Organisationen, Umweltschutzverbände, Kultur- und Sportvereine oder Kirchen geht, die bereits gewisse Aufgaben erfüllen, Initiativen ergreifen oder seit Jahren Projekte betreiben (z.B. in der Behinderten- oder Kinderbetreuung, beim Pedibus, bei den aktivierenden Massnahmen für Arbeitslose, in der Gesundheitsprävention, Rotes Kreuz usw.), sofern natürlich die betreffenden Verbände als gemeinnützig anerkannt sind. Schliesslich ist zu sagen, dass es sowohl bei öffentlichen wie privaten Betrieben immer Anpassungsmöglichkeiten gibt, die zu besserem Funktionieren und zu mehr Effizienz führen. Für mich ist klar, dass jegliche Organisationsstruktur regelmässig ihren Auftrag überprüfen sollte, um effizient und wettbewerbsfähig zu bleiben.</p>		
<p>Frage 3: Bestimmte Bereiche wie die Lehrberufe, die Polizei oder die Pflege leiden unter konstantem Personalmangel. Welche Lösungen bevorzugen Sie, damit der Staat weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleibt?</p>	<p>Zunächst erfordert die Tätigkeit in diesen verschiedenen Bereichen eine solide Ausbildung. Der Personalmangel in diesen Sektoren ist keine Freiburger und auch keine Schweizer Besonderheit. Wo liegen die Gründe? Mit Sicherheit in der gesellschaftlichen Entwicklung. Was wären Lösungen? Grundsätzlich muss das Image dieser Berufe sicherlich aufgewertet werden. Für die einzelnen Berufsgruppen sollte ein nachhaltiger Ausgleich zwischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bezugspunkten angestrebt werden. Auch müssen Massnahmen zur Unterstützung und Begleitung verbessert werden usw. In diese Richtung müsste man weiterdenken.</p>	<p>Der Kernpunkt ist natürlich das Geld, da gibt es nichts wegzureden. Damit der Staat ein attraktiver Arbeitgeber bleibt, muss jegliche Form von Lohnsenkung im öffentlichen Dienst bekämpft werden. Weitere Massnahmen wie Förderung von Teilzeitarbeit und Job-Sharing sind denkbar, aber aus meiner Sicht muss vor allem das Angebot im Bereich Personalentwicklung (Weiterbildungsmöglichkeiten) vorangetrieben und ausgebaut werden. Ein weiterer Ansatz wäre, dass der Staat die Berufe im öffentlichen Dienst interessanter macht, indem die Work-Life-Balance besser berücksichtigt wird: Angepasste Arbeitszeiten für stillende Mütter, ein besserer Vaterschaftsurlaub, Freistellungsstunden zur Pflege von älteren Verwandten usw. Solche Massnahmen würden die Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes verbessern.</p>	<p>Der Beruf der Lehrpersonen, vor allem im Bereich der obligatorischen Schule, die Polizei und die Pflegeberufe müssen aufgewertet werden, denn sie tragen viel Verantwortung und sind der Kritik immer mehr ausgesetzt. Es müssen Massnahmen getroffen werden, damit die Vorgesetzten und die Bevölkerung diesen Berufen vermehrt Respekt entgegenbringen. Unregelmässige Arbeitszeiten und belastende Arbeitsbedingungen müssen angemessen kompensiert und/oder vergütet werden. Es braucht auch genügend Personaldotierungen, insbesondere für die bürgernahe Kantonspolizei. In diesem Bereich wäre zudem eine Vereinheitlichung der Zuständigkeiten zu begrüssen, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Weiter muss der Kampf gegen Mobbing verstärkt werden.</p>	<p>Ich bin der Meinung, dass der Kanton Freiburg bereits heute für sein Personal gute Arbeitsbedingungen anbietet. Insbesondere im Bereich der flexiblen Arbeitszeiten oder einer frühzeitigen Pensionierung steht der Staat im Vergleich zu anderen Kantonen und dem privaten Sektor nicht schlecht da. Wie jeder Arbeitgeber muss aber auch der Staat seine Attraktivität gegenüber dem privaten Sektor bewahren und gegebenenfalls anpassen. Um aber ein gutes Arbeitsklima nachhaltig zu erhalten sind auch eine offene Kommunikation zu fordern und zu fördern. Dies geschieht aber nicht über die Arbeitsbedingungen, sondern über Sozialkompetenz und Teamfähigkeit auf allen Stufen.</p>	<p>Der Personalmangel hat mehrere Gründe. Einerseits hat die Bevölkerungszahl im Kanton zugenommen (von 239 221 Einwohnern im Jahr 1999 auf 277 811 im 2009). Andererseits sind belastende Arbeitsbedingungen, unregelmässige Arbeitszeiten, fehlende Anerkennung zu nennen, insbesondere in den Lehrberufen, bei der Polizei und in der Pflege. Ich gehöre nicht zu jenen, die summarische Lösungen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums unterstützen. Das demografische Wachstum und folglich die Bedarfszunahme im öffentlichen Dienst ist zum grössten Teil auf unsere attraktive Wirtschaft zurückzuführen. Für die Lehrpersonen scheint es mir wichtig, mehr Menschen für diese Berufswahl zu motivieren, indem man den Beruf aufwertet und ihm mehr Autonomie im Unterrichtsstil gewährt, und indem man die Arbeitsbedingungen verbessert. Ein Ansatz wäre, dass in der Primarschule die Klassengrösse auf 22 Kinder beschränkt wird. In der Pflege sollte zu allererst</p>	<p>Zu den Lehrberufen: Vor einigen Wochen habe ich mit meiner Grossratskollegin Claire Peiry-Kolly eine Anfrage an den Staatsrat eingereicht. Darin schlagen wir zur Behebung des Lehrermangels die Einführung einer berufsbegleitenden Ausbildung vor. Es wäre eine verkürzte Ausbildung mit Aussicht auf eine Teilzeitstelle als Lehrperson auf der Kindergarten- oder der Primarstufe. Zur Polizei: Kürzlich habe die Arbeit der Polizei eine Nacht lang begleitet. Mein Eindruck wurde bestätigt: Es fehlt an Personal. Der Beruf muss aufgewertet werden, die Akzeptanz in der Bevölkerung muss steigen. Man muss aber auch das Ausufern der administrativen Aufgaben bekämpfen, damit die Polizei nicht abgelenkt wird von ihrem wichtigsten Auftrag im Dienst der Sicherheit.</p>	<p>Verschiedene interne Analysen haben gezeigt, dass der Freiburger Staat in den letzten Jahren im interkantonalen Vergleich an Attraktivität für die Mitarbeitenden gewonnen hat. Die Anerkennung der Qualität der geleisteten Arbeit ist entscheidend, wie auch eine angemessene Entlohnung. Die Revision des Gesetzes und der Regelung zur Pensionskasse sollte den Kampf gegen den Personalmangel stärken, insbesondere durch die Flexibilisierung des Altersrücktritts in der Spanne von 58 bis 67 Jahre. Mit Einverständnis des Arbeitgebers wird es ab 2012 möglich sein, die Arbeitszeit in zwei Schritten bis auf die Untergrenze von 40 Prozent zu senken. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit sollte ebenfalls zu einer höheren Attraktivität der Anstellungsbedingungen führen. Schliesslich ist auch eine qualitativ hochwertigere Weiterbildung ein unverzichtbarer Garant für die Interessen der betreffenden Berufe, wobei das Image ebenfalls permanent gepflegt werden sollte.</p>

					<p>die Personaldotierung in den Abteilungen verbessert werden. Arbeitsbelastung und Arbeitszeiten müssen abnehmen, damit die Arbeit in diesem Bereich wieder menschlich tragbar wird. Von solchen Massnahmen verspreche ich mir viel.</p> <p>Auch bei der Polizei sollte der Personalschlüssel aufgestockt werden. So würde eine Verbesserung im Bereich Arbeitszeit möglich, da dort – wie in der Pflege – die Arbeitszeiten sehr unregelmässig und belastend sind, mit Wechsel von Tag- und Nachtarbeit. Ein weiterer Ansatz wäre die Einstellung von Personen mit C-Bewilligung oder, wie es Genf gemacht hat, das Anheben des Höchstalters bei der Einstellung von 30 auf 35 Jahre. Die Polizei erfüllt eine schwierige Aufgabe und erhält nicht die Anerkennung, die sie von Seiten der Bevölkerung verdient hätte.</p> <p>Denkbar wäre zudem die Schaffung eines individualisierten Weiterbildungssystems, das Motivations- oder Gesundheitsprobleme (Burnout) auffangen könnte, indem Möglichkeiten zur Umschulung in anderen Verwaltungsabteilungen angeboten werden. So könnte womöglich verhindert werden, dass Mitarbeitende die Motivation verlieren, sich überfordert fühlen oder krank werden.</p> <p>Schliesslich sollte für alle drei Berufsgruppen die Lohnskala revidiert werden, denn auch dies könnte zur Steigerung der Attraktivität beitragen.</p>		
<p>Frage 4: Ab 2012 wird der Staat die Privatspitäler mitfinanzieren. Soll er Ihrer Meinung nach eingreifen, um deren Funktionsweise zu regulieren (Arbeitsbedingungen, Mindestlöhne usw.), oder besser den Markt voll spielen lassen?</p>	<p>Konkurrenz ist nicht unbedingt schlecht und die Privatisierung muss meines Erachtens im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen im Gesundheitswesen respektiert werden.</p>	<p>Der Staat muss sich unbedingt einen Spielraum zur Regulierung der Arbeitsbedingungen des Personals von Privatspitälern wahren. Lässt man den Wettbewerb spielen, so verschlechtern sich zweifellos die Arbeitsbedingungen und es wird den Beschäftigten verwehrt, ihre Rechte einzufordern.</p> <p>Wenn der Staat die Kontrolle aus der Hand gibt, ist es unweigerlich das Personal der öffentlichen Spitäler, das mittelfristig die Rechnung zahlt.</p>	<p>Die sozialen Bedingungen müssen klar geregelt werden, damit die neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit den Fallpauschalen keine Dumpingspirale nach sich ziehen.</p>	<p>Ich denke nicht, dass eine staatliche Intervention in diesen Arbeitsmarkt notwendig ist, da ja der Preis für die erbrachte Leistung (Fallpauschale) für private wie öffentliche Spitäler derselbe sein wird. Falls dann die öffentlichen Spitäler bessere oder weniger gute Arbeitsbedingungen anbieten, geht das zu Lasten ihrer Marge. Der Markt wird hier seine Rolle spielen, weshalb zurzeit sicher noch kein Handlungsbedarf besteht.</p>	<p>Aus meiner Sicht ist klar, dass der Staat als Mitfinanzierer der Privatspitäler auch bestimmte Forderungen an diese stellen muss. Es wäre inakzeptabel, dass der Kanton Privatspitäler finanziert, die dem öffentlichen Gesundheitssektor und damit den öffentlichen Spitälern schaden. Eine solche finanzielle Beteiligung des Staats ist für mich nur denkbar, wenn Kompetenzzentren aufgeteilt werden und das ganze Gesundheitswesen damit effizienter wird und, soweit möglich, wirtschaftlicher arbeiten kann. Zentral wäre auch, dass der private Gesundheitssektor ei-</p>	<p>Ein alter, bewährter Grundsatz sagt: Wer zahlt, befiehlt. Der Staat hat somit die Pflicht einzugreifen. Aber es gibt auch das Prinzip des freien Wettbewerbs, für das ich einstehe. Zwischen diesen beiden Polen muss der Staat eine Aufsichtsfunktion wahrnehmen, um Missbrauch zu verhindern.</p>	<p>Privatspitäler haben weniger Verpflichtungen als öffentliche Spitäler im Bereich Notfalldienst und Bereitschaftsdienst. Die Arbeitszeiten sind daher für das Personal stabiler und können allfällige Lohnunterschiede teilweise erklären. Mit der neuen Pflegeregelung sollte sich der Wettbewerb jedoch abschwächen, denn die Pauschalpreise werden im Prinzip im ganzen Kanton die gleichen sein. Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe des Staats, die Entlohnung im Privatsektor zu regeln, jedoch ist eine allfällige Einigung auf partnerschaftlicher Grundlage denkbar.</p>

					<p>nen Gesamtarbeitsvertrag in Anlehnung an das StPG (Staatspersonalgesetz) abschliesst, das als Rahmengesetz bereits die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals im öffentlichen Sektor regelt.</p> <p>So könnte der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich generell verhindert werden, und das System wäre kohärenter und einheitlicher.</p> <p>Letzter Hinweis, Gesundheit darf kein Geschäft sein. Leider macht sich in der Schweiz bereits eine verhängnisvolle Tendenz in diese Richtung bemerkbar. Ich stehe für ein Gesundheitswesen ein, das als erste Zielsetzung immer noch das Pflegen und Lindern hat, und nicht das Erzielen von Gewinn.</p>		
<p>Frage 5: Die Zukunft der Schule ist ein Dauerbrenner. Welche Rolle sollen die Lehrpersonen bei der Gestaltung der Schule von morgen spielen? Sind sie Ihrer Meinung nach genügend in die Diskussion eingebunden?</p>	<p>Die Schule ist heute nicht mehr einfach ein Ort der Wissensvermittlung, sondern auch der Prägung von Staatsbürgerschaft. Ja, die Lehrpersonen müssen in die institutionellen Reformen eingebunden werden. Es ist meine Überzeugung, dass dies im Kanton Freiburg bereits geschieht. Gerade die von der EKSD einberufenen runden Tische zur Erarbeitung des Gesetzes über die obligatorische Schule sorgen für eine direkte Einbeziehung der Lehrpersonen, die mit den anderen Partnern an den Vorbereitungen beteiligt werden.</p>	<p>Es scheint mir klar, dass die Lehrpersonen nicht genügend in die Diskussion zur Zukunft der Schule im Kanton eingebunden sind. Sie stehen tagtäglich «an der Front» und haben die beste Übersicht über die Herausforderungen des künftigen Bildungswesens. Daher müssen die Lehrpersonen eine führende Rolle bei Ausarbeitung des schulischen Auftrags und der Gestaltung der Schule von morgen spielen.</p>	<p>Die Lehrpersonen müssen in die organisatorischen und pädagogischen Entscheide konstruktiv miteinbezogen werden. Die Beteiligung von Personen mit praktischer Kenntnis des Berufsalltags ist unabdingbar für die Gestaltung der Schule von morgen.</p>	<p>Antwort 5: Die Rolle, welche die Lehrpersonen bereits heute spielen, ist gut. Dies zeigen auch die guten Noten für das Freiburger Bildungswesen. In Zukunft wird es mehr darum gehen, dass sich die Lehrpersonen wieder vermehrt auf die Vermittlung von Wissen konzentrieren können und nicht Erziehungsaufgaben wahrnehmen müssen. Hier sind die Eltern und ihre Verantwortung gefragt. Ein permanenter Austausch zwischen den Lehrpersonen und dem Gesetzgeber scheint mir in dieser Angelegenheit auch in Zukunft unabdingbar.</p>	<p>Lehrpersonen stehen an der Front. Die Gesellschaft erwartet von ihnen oft mehr als die reine Wissensvermittlung. Sie sollen anstelle der Eltern erziehen, die Integration gewährleisten und Werte vermitteln, die notabene im Widerspruch stehen zur allgegenwärtigen Kommerzialisierung in der Gesellschaft. Auch sollen sie die Eltern anhören und beraten, ihnen bei Schwierigkeiten helfen und den Kindern auch noch den Umweltschutz beibringen. Die Erwartungen an Lehrpersonen sind riesig! Tagtäglich erleben sie die Entwicklung der Gesellschaft unmittelbar. Daher wäre es sehr bedauerlich, auf ihre Beobachtungen, Erfahrungen, Feststellungen und Empfehlungen zu verzichten. Lehrpersonen sind in die Diskussion einzubeziehen. Sie müssen die Möglichkeit zur Beteiligung an der Gestaltung der Schule, an der Erarbeitung von pädagogischen Mitteln und der Unterrichtsprogramme von morgen erhalten.</p>	<p>Das Echo aus diesem Bereich zeigt mir, dass heute mit der Einführung der Funktion des Schulleiters die Lage der Lehrpersonen befriedigend ist. Der Dialog mit den Gemeinden hat sich verbessert. Die Schule muss sich auch in Zukunft permanent der Gesellschaft anpassen und darf die wichtigsten Akteure nicht beiseite lassen. Der Dialog mit den Lehrpersonen muss weitergehen.</p>	<p>Die Qualität der Schule muss ein dauerhaftes Anliegen sein, an dem alle Partner beteiligt sind. Als Präsident des Schulvorstands der OS Greyerz und des Schulvorstands Collège du Sud kann ich die Bedeutung der Lehrpersonen für die Weiterentwicklung der Abläufe und der schulischen Strukturen bestätigen. Die Partizipation muss sicherlich gestärkt werden, jedoch obliegt es letztlich den zuständigen Schulbehörden, Entscheide zu fällen und Verantwortung zu übernehmen.</p>